

DRINGLICHKEITSANTRAG

des **Landtagsklubs FRITZ - Bürgerforum Tirol**

bzw. der Abgeordneten KO Mag. Markus Sint und Dr. Andrea Haselwanter-Schneider

betreffend:

Ausverkauf Tirols stoppen:

Immobilien regierungsnaher russischer Personen in Tirol konfiszieren und Erwerb künftig verhindern!

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

DRINGLICHKEITSANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, zusammen mit der Bundesregierung zu prüfen, ob und unter welchen Rahmenbedingungen neben sonstigen Vermögenswerten auch Eigentum – vor allem Immobilieneigentum in Form von Grundstücken und Betriebs- und Wohngebäuden – von mit EU-Sanktionen belegten russischen Personen, Unternehmen und Stiftungen in Tirol bzw. Österreich konfisziert werden kann. Des Weiteren soll auch geklärt werden, in welcher Form der künftige Erwerb von Immobilien durch Personen, Unternehmen und Stiftungen aus Staaten, die Völkerrecht brechen, unterbunden werden kann.“

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs. 3 GO-LT dem **Ausschuss für Rechts-, Gemeinde- und Raumordnungsangelegenheiten** zugewiesen werden.

BEGRÜNDUNG:

Als Reaktion auf die Invasion russischer Truppen in die Ukraine hat die Europäische Union unter anderem Sanktionen gegen regierungsnaher russische Personen und Unternehmen verhängt. Diese betreffen Geldtransfers, den Verkauf von Waren, die Bereitstellung von Dienstleistungen, die Verwaltung von Vermögen sowie die Bereitstellung anderer wirtschaftlicher Ressourcen. Die Sanktionen zielen auch auf eingesetzte „Strohleute“ der sanktionierten Personen und Unternehmen ab, also oftmals auf enge Familienmitglieder.

Angesichts dieser Situation stellt sich die Frage, wie hier in Tirol bzw. Österreich nunmehr mit den Vermögenswerten dieser Personen und Unternehmen umgegangen wird. Einen zentralen Punkt stellt hier das Immobilieneigentum dar. Nicht wenige reiche Russen haben bereits hohe Geldsummen in Immobilien in Form von Grundstücken und Betriebs- und Wohngebäuden in Tirol investiert. Hier soll von Seiten der Landesregierung und Bundesregierung geprüft werden, ob und unter welchen Rahmenbedingungen diese im Sinne einer nationalen Reaktion konfisziert werden können. Diesen Schritt hat Frankreich beispielsweise bereits eingeleitet.¹

Zu diesem Thema wurde der österreichische Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) bereits im ORF-Magazin „Report“ vom 01. März 2022 befragt. Den entsprechenden Ausschnitt möchte ich hier als Transkript wiedergeben:

Susanne Schnabl (ORF): *„Kommen wir zu den Oligarchen, Sie haben sie angesprochen. Es gibt natürlich welche, wir kennen sie, die haben Immobilien, die haben Liegenschaften hier in Österreich. Die sind auf einer Liste. Wurden auch in Österreich Konten und Vermögen eingefroren?“*

Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP): *„Ja, die Vermögenswerte wurden eingefroren, werden auch weiterhin eingefroren.“*

Susanne Schnabl (ORF): *„In welchem Umfang?“*

Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP): *„Ja, das ist schwer zu sagen, weil es auf der gesamten europäischen Sanktionsliste einige hundert Menschen gibt, die davon betroffen sind. Wir reden von ca. 700 Personen in ganz Europa. Und diese Assets, die sogenannten Assets sind überall verteilt natürlich.“*

Susanne Schnabl (ORF): *„Auch in Österreich?“*

Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP): *„Aber diese Vermögenswerte werden eingefroren und der Zugriff wird diesen Personen untersagt.“*

¹ Siehe „Krieg in der Ukraine: Frankreich will Luxusbesitz regimenahe Russen konfiszieren“, Wiener Zeitung, 28.02.2022

Susanne Schnabl (ORF): „Aber eine Summe können Sie uns nicht nennen?“

Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP): „Kann ich Ihnen leider nicht nennen.“

Einen Überblick über russische Investitionen in Österreich konnte dafür der ORF geben:

„Russland großer Investor in Österreich:

In Russland sind rund 650 österreichische Unternehmen mit Investitionen von rund 4,6 Milliarden Euro aktiv, umgekehrt sind rund 500 russische Firmen in Österreich mit rund 21,4 Milliarden Euro tätig. Russland ist nach Deutschland der größte Investor hierzulande.“²

Zusammengefasst ist bislang zumindest unklar, ob und in welchem Ausmaß in Tirol bzw. Österreich Konfiszierungen von Vermögenswerten sanktionierter Russen durchgeführt wurden oder werden.

Nachdem es sich hier um eine allem Anschein nach schwierige Angelegenheit handelt, empfiehlt sich die antragsgegenständliche Prüfung umso mehr.

Ebenso soll – den aktuellen Entwicklungen geschuldet – ein künftiges Erwerbsverbot von Immobilien in Tirol durch mit EU-Sanktionen belegten russischen Personen, Unternehmen und Stiftungen sowie deren „Stroh Männern“ geprüft werden. Darüber hinaus ist ein Erwerbsverbot für Personen, Unternehmen und Stiftungen aus Staaten, die Völkerrecht brechen, zu prüfen.

Die **Dringlichkeit** dieses Antrages ergibt sich aus der aktuellen Invasion russischer Truppen in die Ukraine, die einen Bruch des Völkerrechtes bedeuten, und den in diesem Zusammenhang verhängten Sanktionen der Europäischen Union gegen regierungsnahe russische Personen und Unternehmen.

Innsbruck, am 10. März 2022

² Siehe „Lukoil-Posten: Druck auf Schüssel wächst“, <https://orf.at/stories/3250150/>, online am 02.03.2022